

**Rede  
der Fraktionsvorsitzenden**

**Johanne Modder, MdL**

zu TOP Nr. 3

**Bekämpfung der SARS-Cov2-Pandemie -  
Notwendige Maßnahmen zur Vermeidung einer  
akuten nationalen Gesundheitsnotlage**

Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten – Drs. 18/7765

während der Plenarsitzung vom 30.10.2020  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede,

vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für die Regierungserklärung. Die heutige Sondersitzung des Niedersächsischen Landtages ist aufgrund der aktuellen Situation im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und den starken Einschnitten des gesellschaftlichen Lebens geboten.

1.550. Das ist Zahl der Neuinfektionen von heute in Niedersachsen. 1.550 neuinfizierte Menschen an einem Tag, Tendenz steigend. Heute Morgen meldet das RKI einen erneuten Höchststand mit über 18.000 (18.681) Neuinfizierten in Deutschland.

Jede und jeder der Neuinfizierten hat eine Familie, hat Angehörige, Freunde und Arbeitskollegen.

Einige von ihnen spüren kaum Symptome, andere hat es vielleicht schlimmer erwischt. Doch eins teilen alle: die Sorge. Sorge um die eigene Gesundheit, Sorge um die Gesundheit ihrer Familien, Freunde und Kollegen. Wir alle wissen, dass eine COVID-19 Erkrankung auch einen schweren Verlauf nehmen kann. Vor allem für Menschen mit Vorerkrankungen kann das Coronavirus zur lebensbedrohlichen Gefahr werden.

Anfang Oktober lagen 29 Patientinnen und Patienten mit einer Corona-Infektion auf den Intensivstationen der niedersächsischen Krankenhäuser, heute sind es bereits 134 Erwachsene. 72 von ihnen sind auf eine künstliche Beatmung angewiesen.

Auch für Menschen ohne Vorerkrankungen kann die Infektion mit dem Coronavirus eine enorme gesundheitliche Belastung darstellen. Wir alle kennen die Meldungen von jungen Menschen, die mit den Spätfolgen der Infektion kämpfen. Mittlerweile verdoppeln sich die Infektionszahlen in Deutschland fast wöchentlich.

Wenn wir jetzt nicht handeln, wird es auch in Niedersachsen zu einer dramatischen Entwicklung kommen. Die Neuinfektionen werden weiter ungebremst steigen, sodass unser Gesundheitssystem an seine Grenze kommen wird. Wenn wir nichts machen, sind die Intensivstationen in den niedersächsischen Krankenhäusern Hochrechnungen zufolge Mitte Dezember überfüllt.

Anrede,

die Lage ist ernst, und wir müssen jetzt handeln. Die Kanzlerin sprach von einer befristeten nationalen Kraftanstrengung, mit harten und belastenden Maßnahmen.

In der Tat, die Einschnitte, auf die sich Bund und Länder geeinigt haben, sind ohne Zweifel hart und eine enorme Belastung. Doch angesichts der rasant steigenden Zahlen war die Verabredung richtig und wichtig. Um es ganz deutlich zu sagen: Die SPD-Fraktion unterstützt diesen Weg und trägt die Maßnahmen mit!

Anrede,

diese Pandemie ist nichts, was wir auf die leichte Schulter nehmen dürfen. Die neuen Einschränkungen und Verbote sind ganz bestimmt nicht leichtfertig getroffen worden. Sie sind das Ergebnis eines schwierigen Abwägungsprozesses. Die Verantwortung, die vor allem die Bundes- und Landesregierungen momentan tragen, ist immens. Mein Respekt und mein Dank gelten all denen, die diese Verantwortung tragen und wahrnehmen.

Anrede,

man kann sicherlich an einzelnen Maßnahmen den ein oder anderen Kritikpunkt finden. Man kann die Verbote nicht verhältnismäßig finden oder die Einschränkungen zu locker. Doch wir müssen uns alle immer wieder vor Augen führen, wofür wir diese Einschränkungen brauchen. Mit diesen Maßnahmen wollen wir die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger schützen, unser Gesundheitssystem stabil halten und vor allem, so gut es geht, Leben retten. Ich finde, bei aller Kritik darf dieses Ziel nicht in Vergessenheit geraten.

Anrede,

für unsere Gastronomie, Hotels, Kinos, Theater, alle Kulturschaffenden, Soloselbstständigen, Schausteller und all denjenigen, die nun erneut ihre Betriebe schließen müssen, ist das ganz bitter und hart. Ich kann jede Verzweiflung, jede Wut und Frustration verstehen.

Doch wenn in Berlin z. B. die AfD von „Kriegspropaganda“ und von einer Art „Kriegskabinett“ spricht und – Zitat: „Wir müssen abwägen, auch um den Preis, dass Menschen sterben“ – ist das beschämend und macht mich wütend.

Oder nehmen wir den Fraktionsvorsitzenden der FDP, Christian Lindner, der von „aktionistischem Krisenmanagement“ spricht – da will ich deutlich widersprechen. Wenn wir auch hier in Niedersachsen auf die FDP gehört hätten, hätten wir viel früher viel mehr Lockerungen zugelassen. Ich mag mir nicht ausmalen, wo unser Gesundheitssystem dann heute stünde.

Anrede,

ja, es stimmt: Viele Betriebe in der Gastronomie und Hotellerie haben in den vergangenen Monaten umfassende Hygienekonzepte entwickelt. Zum Teil wurden kreative und effektive Lösungen gefunden, und ich bedanke mich ganz herzlich für diese wichtige Mithilfe. Doch leider hat das Infektionsgeschehen eine Dynamik entwickelt, die, wie ich finde, zum Handeln zwingt. Es sind die Begegnungen, die Kontakte, die wir runterfahren müssen.

Wir befinden uns mitten in der zweiten Welle, und wir müssen diese Welle brechen. Wir müssen jetzt handeln!

Anrede,

jeder dieser neuen Einschnitte hat weitreichende Auswirkungen und Folgen für die persönlichen Freiheiten jedes und jeder Einzelnen. Die persönliche Freiheit ist ein hohes Gut, und ich finde, wenn man diese Freiheitsrechte einschränkt, wenn auch zeitlich begrenzt, muss man außerordentlich gute Gründe dafür haben.

Doch aus meiner Sicht endet die Freiheit da, wo die Gesundheit anderer beeinträchtigt wird oder ein Gesundheitsnotstand droht. Und genau an diesem Punkt befinden wir uns!

Die bisherigen Maßnahmen haben leider nicht die gewünschten Erfolge erzielt. Bei rund 75 Prozent der Neuinfektionen kann nicht mehr rückverfolgt und zugeordnet werden, wie und wo es zur Infektion kam.

Anrede,

das Gesamtpaket, was in Berlin verhandelt wurde, sieht für die betroffenen Unternehmen, Selbstständigen, Vereine und Einrichtungen aber auch eine außerordentliche Wirtschaftshilfe mit einem Volumen von bis zu 10 Milliarden Euro vor. Das ist ein sehr wichtiges Signal gewesen.

Wichtig wäre hierbei, und da schaue ich zu unserem Wirtschaftsminister rüber, eine schnelle und unbürokratische Hilfe.

Bitte, sorgen Sie mit dafür, dass die Hilfen des Bundes bei den niedersächsischen Betrieben, Soloselbstständigen und Schaustellern auch schnell ankommen. Wir brauchen jetzt dringend ein transparentes und unbürokratisches Verfahren, denn viele Selbstständige haben keine Zeit mehr, um auf Hilfen zu warten! Es geht um ihre Existenz!

Ich will hier an dieser Stelle dann doch noch eine Anmerkung machen. Wir müssen auf Bundes-, aber auch auf Landesebene ernsthaft darüber reden, wie wir der Wirtschaft, den Unternehmen und Betrieben bei einer noch länger

andauernden Pandemie helfen und sie unterstützen können. Und da stelle ich auch für mich ganz persönlich die Frage nach der Schuldenbremse.

Anrede,

neben den wirtschaftlichen Folgen dieser Einschränkungen sind wir aber auch mit ganz beträchtlichen sozialen Einschnitten konfrontiert. Der Mensch ist ein soziales Wesen, und persönliche Kontakte gehören zum Kern unseres Miteinanders. Mit der Kontaktreduzierung verlangen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern viel ab. Doch es gibt in dieser Krise kein effektiveres Mittel, als konsequent die eigenen Kontakte zu beschränken. Nur so können wir die Ausbreitung des Virus eindämmen.

Anrede,

die Entscheidung, Schulen und Kitas geöffnet zu lassen und, so gut es geht, die Wirtschaft und das Berufsleben weiter aufrecht zu erhalten, halte ich für absolut richtig.

Wir haben im Frühjahr den Eltern enorm viel zugemutet. Rückblickend vielleicht sogar etwas zu viel, denn die Schließung von Schule und Kitas hat viele Familien vor große Herausforderungen gestellt. Vor allem alleinerziehende Mütter und Väter waren sicherlich nicht selten mit ihren Kräften am Ende.

Wir müssen diese Situation so lange es geht vermeiden und von den Lehren der ersten Welle lernen. So lange es nur irgendwie geht, müssen wir die Betreuung von Kindern sicherstellen.

Anrede,

ich will hier auch auf einen Punkt eingehen, an dem ich noch starken Verbesserungsbedarf sehe. Die Corona-Warn-App hätte das Potenzial, mehr zu sein als nur ein Baustein in der Pandemie-Bekämpfung. Diese App könnte ein wirklich scharfes Schwert im Kampf gegen das Virus sein. Die App wurde mehr als 20 Millionen Mal heruntergeladen, und 60 Prozent der Nutzer teilen das Ergebnis ihres Corona-Tests über die App. Doch unseren Gesundheitsämtern ist durch die App nur mittelbar geholfen.

Ja, auch der Datenschutz ist ein hohes und schützenswertes Gut. Aber mit einer Anbindung der Gesundheitsämter an die Corona-Warn-App würden die zuständigen Behörden deutlich schneller über Risikokontakte und Infektionsfälle informiert werden.

Anrede,

ich finde es außerordentlich wichtig, dass die Corona-Maßnahmen in unserer Gesellschaft kontrovers und offen diskutiert werden. Auch diese Sitzung des Niedersächsischen Landtages und die Aussprache über die neuesten Entwicklungen halte ich für richtig und angesichts der starken Einschnitte für unabdingbar.

Ich will zum Schluss aber noch zu der aktuellen Diskussion über die Beteiligung der Parlamente Stellung beziehen. Für uns als SPD-Fraktion ist es wichtig, dass der Staat und damit auch unsere Landesregierung in einer solchen Krisensituation handlungsfähig bleiben und die Verantwortlichkeiten klar geregelt sind.

Ich glaube, wir sind mit den Oppositionsfraktionen in guten Gesprächen, wie wir unser Parlament noch stärker beteiligen und einbinden können und am Ende einen guten tragbaren Kompromiss zwischen den Regierungs- und Oppositionsfraktionen finden.

Aber, und da knüpfe ich an die Debatte der letzten Male gerne an, es genügt nicht, bei den eigenen Vorschlägen vage und ungenau zu bleiben und nur die Beschränkungen zu kritisieren. Stattdessen muss jede Fraktion Farbe bekennen, ob und auch welche Maßnahmen mitgetragen werden können, und welche eben nicht. Und ich würde mir für heute ein klares und starkes Signal hier aus dem Parlament wünschen.

Mit Verlaub, der 15-Punkte-Plan der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nichts Neues hervorgebracht und bleibt in weiten Teilen sehr unkonkret. Ihr Vorwurf – wie ja auch auf Bundesebene argumentiert – die Landesregierung hätte die Zeit verschlafen und sich nicht auf den Winter vorbereitet, ist schlicht und einfach falsch, und das wissen Sie auch. Die Landesregierung hat das Handlungskonzept, das sogenannte Ampelsystem, vorgelegt. Das hat große Akzeptanz gefunden.

Anrede,

die Einschnitte sind gravierend und verlangen den Menschen in unserm Land viel ab. Umso wichtiger ist es, dass wir alles dafür tun, die Maßnahmen und Einschränkungen umfassend zu erklären. Wir müssen Fragen beantworten und Ängste ernst nehmen.

Jeder und jede Einzelne beeinflusst mit seinem und ihrem Verhalten den Verlauf der nächsten Monate. Abstand, Hygieneregeln, Kontaktreduzierung und die Alltagsmasken – diese Maßnahmen helfen, das Tempo des Infektionsgeschehens zu verlangsamen.

Ich weiß, dass ein großer Teil dieser Gesellschaft bereits sehr gewissenhaft diese Regeln befolgt. Es gehört aber auch zur Wahrheit dazu, dass eine Minderheit sich unverantwortlich und leichtsinnig verhält. Jeder und jede muss verstehen, was er oder sie in dieser Krise leisten kann.

Aber ich bin auch sehr dafür, dass wir die Maßnahmen auch konsequent durchsetzen und kontrollieren. Das erwarten im Übrigen auch die Menschen von uns, die sich an alle Auflagen und Einschränkungen halten.

Anrede,

wir werden noch einige Zeit mit dem Coronavirus leben müssen, und ich fürchte, wir haben noch eine lange Strecke vor uns, bis das Virus mit einer flächendeckenden Impfung zuverlässig eingedämmt sein wird. In dieser historischen Krise müssen wir füreinander eintreten, wir brauchen Hilfsbereitschaft und Gemeinsinn. Ich danke allen, die dazu ihren Beitrag leisten.

Und ich bin mir sicher, dass wir auch den Winter gut überstehen können. Dazu müssen wir nun erneut solidarisch und mit einer großen Portion Verantwortungsbewusstsein füreinander eintreten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.